

"Kinderpackungen" sollen Griff zur Zigarette erleichtern

Antwort der Tabakkonzerne auf Steuererhöhung - Krebsforscher und die Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. fordern Verbot

Zum Schutz von Kindern und Jugendlichen haben das Deutsche Krebsforschungszentrum, die Deutsche Krebshilfe, die Deutsche Krebsgesellschaft und der Verbraucherzentrale-Bundesverband (vzbv) ein Verbot neuer Minipackungen für Zigaretten gefordert. Die Hürde, Zigaretten zu kaufen, werde durch die neuen Packungen gerade für Kinder und Jugendliche noch niedriger, so die vier Organisationen in einer gemeinsamen Erklärung zum morgigen Weltnichtrauchertag.

Zigaretten in Minipackungen stellen die Antwort der Tabakkonzerne auf die geplanten Tabaksteuererhöhungen dar. Da zu erwarten sei, dass vor allem Kinder und Jugendliche durch einen Preisanstieg bei Zigaretten weniger rauchen werden, beugen die Konzerne schon einmal vor: Die Einführung von Zigarettenpackungen mit nur zehn Zigaretten lässt den Preis erschwinglich erscheinen - die Preishürde von Normalpackungen wird dadurch überwunden.

Erfahrungen in Ländern mit "Kinderpackungen" zeigen, dass die Minipackungen sich vor allem bei Kindern und Jugendlichen großer Beliebtheit erfreuen. Die auf der Weltgesundheitskonferenz gerade verabschiedete Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle enthält in Artikel 16,3 die Aufforderung, den Zigarettenverkauf in Kleinpackungen zu verbieten, da diese "die Erschwinglichkeit des Produktes für Minderjährige erhöht". Deutschland hat dieser Rahmenkonvention zugestimmt.

Nach einem Bericht der Weltbank sind Preiserhöhungen ein besonders wirksames Mittel zur Senkung des Tabakkonsums. Das Deutsche Krebsforschungszentrum hat jetzt die deutsche Ausgabe des Berichtes "Der Tabakepidemie Einhalt gebieten. Regierungen und wirtschaftliche Aspekte der Tabakkontrolle" herausgegeben. Der Bericht ist zu beziehen über who-cc@dkfz.de

Das Deutsche Krebsforschungszentrum hat die Aufgabe, die Mechanismen der Krebsentstehung systematisch zu untersuchen und Krebsrisikofaktoren zu erfassen. Die Ergebnisse dieser Grundlagenforschung sollen zu neuen Ansätzen in Vorbeugung, Diagnose und Therapie von Krebserkrankungen führen. Das Zentrum wird zu 90 Prozent vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und zu 10 Prozent vom Land Baden-Württemberg finanziert und ist Mitglied in der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e.V.

Diese Pressemitteilung ist abrufbar unter www.dkfz.de/pressemitteilungen

Dr. Julia Rautenstrauch
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Deutsches Krebsforschungszentrum
Im Neuenheimer Feld 280
D-69120 Heidelberg
T: +49 6221 42 2854
F: +49 6221 42 2968